

Antrag

der AfD-Fraktion

auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gemäß § 60 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg zum Thema:

Folgen der Coronamaßnahmen in der Bildung bekämpfen - Lernrückstände effektiv und nachhaltig reduzieren, psychischen Folgeschäden entgegenwirken

Begründung:

Die Coronapolitik der Bundes- und der Landesregierung wurde vor allem auf dem Rücken unserer Kinder und Jugendlichen sowie deren Familien ausgetragen: Kontaktverbote, Schulschließungen, massiver Unterrichtsausfall und ein völlig unzureichender „Fernunterricht“ haben das Schul- und Bildungssystem sowie die Entwicklungs- und Zukunftschancen der Schüler dramatisch geschwächt. Die unmittelbaren Folgeschäden sind bereits jetzt alarmierend: Bei Kindern und Jugendlichen finden sich flächendeckend und altersübergreifend gewaltige Lernrückstände. Hiervon besonders betroffen sind Schüler in der Primarstufe, die die Grundfertigkeiten - das Lesen, Schreiben und Rechnen - nicht richtig erlernen konnten. Aus diesem Grund hatte u.a. Arche-Chef Siggelkow bereits im Januar 2021 vor den fatalen Spätfolgen der Coronamaßnahmen gewarnt: „Wir gehen ganz stark davon aus, dass wir in ein, zwei Jahren erleben werden, wie Drittklässler weder richtig lesen können noch die Buchstaben oder die Zahlen richtig kennen.“

Auch die psychosozialen Schäden infolge der Coronamaßnahmen sind beunruhigend: Ca. ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen leidet unter depressiven Symptomen; Angst- und Konzentrationsstörungen, emotional-soziale Auffälligkeiten, Selbstmordgedanken und selbstverletzendes Verhalten haben massiv zugenommen.

Der dramatische Verlust an effektiver Lernzeit in Verbindung mit seelischen und physischen Beeinträchtigungen werden, so schätzt das Ifo-Institut, zu einem Verlust an Lebenseinkommen von durchschnittlich 4,5 Prozent führen - wenn politisch nicht konsequent und energisch gegengesteuert wird.

Jedoch hat das Bildungsministerium bis zum heutigen Tag keine schlüssigen und nachhaltigen Konzepte vorgelegt, um die Lernrückstände und seelischen Leiden unserer Kinder zu reduzieren und weiteren Folgeschäden entgegenzuwirken. Auch das sogenannte Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ mit einem Umfang von 68 Millionen Euro ist dafür nicht geeignet.